

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Er scheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 63.

Verantwortlich für den Inhalt des Anzeigers: Dr. Kurt Breda, Leipzig, Hauptstraße 10. Druck: Kurt Breda, Leipzig, Hauptstraße 10.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 11

Freitag, den 14. Januar 1927

22. Jahrgang

### Um die Restfragen der Entwaffnung.

Pariser Scharfmacher. — Vor einer Einigung.

Zu den Verhandlungen, die General v. Pawelk und Legationsrat Forster seit zwei Tagen in Paris über die Erledigung der sogenannten Restfragen der Entwaffnung begonnen haben, hat ein Teil der französischen Presse Kommentare gegeben, zu denen von deutscher Seite offiziell mit folgender Erklärung Stellung genommen wird:

„Wie schon seit mehreren Tagen, bemüht sich wieder ein Teil der französischen Presse, so „Echo de Paris“, „Temps“ und andere Blätter, den seit zwei Tagen im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen den deutschen Vertretern und der Vorkonferenz die politische Bedeutung eines Kernproblems für die deutsch-französischen Beziehungen zuzulegen und gegen eine Vereinigung der beiden sogenannten Restfragen Stimmung zu machen. Diese Kampagne erweckt hier steigendes Befremden. Man erblickt darin, im Zusammenhang mit anderen, bereits vor Beginn der Besprechungen veröffentlichten tendenziösen Artikeln zu den schwebenden Fragen eine planmäßige Stimmungsmache derjenigen Kreise, die eine deutsch-französische Verständigung verhindern wollen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn es diesem Pressefeldzug gelingen würde, die an sich nicht leichten Verhandlungen zu stören und damit dem Fortgang der Verständigung, die von deutscher Seite ausdrücklich gewünscht wird, Schwierigkeiten zu bereiten.“

Berlin, 12. Jan. Die Verhandlungen über die übriggebliebenen Streitpunkte der Entwaffnungsfrage haben, wie verlautet, dadurch einen neuen Antrieb erhalten, daß die alliierte Militärkontrollkommission in Berlin

gestern neue Instruktionen

der Vorkonferenz erhielt. Die Verhandlungen, die in Berlin mit der interalliierten Militärkontrollkommission geführt werden, gehen hauptsächlich um die Frage des sogenannten Kriegsmaterials.

Deutschland hat bekanntlich sein Einverständnis damit ausgesprochen, daß eine Anhäufung von Halbfabrikaten, die für Kriegszwecke in Betracht kommen könnten, in Deutschland selbst vermieden werden soll unter der Voraussetzung, daß die Ausfuhr dieser Halbfabrikate zugelassen wird. Es handelt sich nun darum, im einzelnen festzulegen, wie die Anhäufung der in Betracht kommenden Fabrikate in Deutschland vermieden werden kann. Die Instruktionen, die die Militärkontrollkommission zu dieser Frage erhalten hat, scheinen eine weitere Annäherung an den deutschen Standpunkt zu bringen, die allerdings noch nicht ausreichen dürfte, um sofort eine Verständigung herbeizuführen.

Bei den Pariser Besprechungen handelt es sich in erster Linie um die

Frage der Offestungen.

Nachdem man sich bisher nicht hat einigen können, sind jetzt von Deutschland neue Vorschläge gemacht worden, deren Sinn es ist, eine genaue Abgrenzung der zwei stützenden Festungssysteme Königsberg und Rastrip herbeizuführen. Durch solche detaillierten Festlegungen des Systems der zwei Festungen werden bestimmte Forderungen der Vorkonferenz vielleicht erfüllt werden können, ohne daß die militärischen Notwendigkeiten Deutschlands im Offen gefährdet werden.

Die Haltung der Vorkonferenz und der französischen Regierung scheint im Gegensatz zur Pariser Presse eine Verständigung in dieser Frage um so eher zu ermöglichen, als es sich hier um einen Gegenstand handelt, der bei schiedsgerichtlicher Behandlung wohl zugunsten Deutschlands entschieden

werden würde, wenn man in Paris natürlich kein Interesse hat. Wenn aber bis zum 31. Januar eine Verständigung nicht erzielt ist, würde die Frage an den Völkerbundrat zurückgehen und von ihm wahrscheinlich einem Schiedsgericht übertragen werden.

### Die französische Presse zur Räumungsfrage.

Paris, 12. Januar. Das „Petit Journal“ veröffentlicht heute eine redaktionelle Notiz, die in Form und äußerer Aufmachung ziemlich nach offizieller Inspiration schmeckt und worin erklärt wird, daß augenblicklich keine Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland über eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes schweben. Derartige Verhandlungen könnten nach dem Mißerfolg der Idee von der Mobilisierung der Dawes-Obligationen erst nach Einsetzung neuer deutscher Regierungen beginnen.

Auch der „Excelsior“, der im Verlag des „Petit Parisien“ erscheint, hält es heute für notwendig, nochmals ganz genau den Stand der Räumungsfrage zu präzisieren. Es sei falsch, anzunehmen, erklärt das Blatt, daß Briand gegenüber Stresemann in der Räumungsfrage irgendwie moralisch gebunden sei. Ebenso falsch sei es, die Räumung der Rheinlande als Pfand für die Fortsetzung der Locarno-Politik durch Deutschland zu betrachten. Briand habe in Genf das Rheinlandproblem sorgfältig von den Verhandlungen ferngehalten. Andererseits habe Deutschland niemals irgendwelche Demarchen bei den Besatzungsmächten unternommen, um die Rheinlandräumung zu verlangen. Die Räumung sei und bleibe bedingt durch eine Mobilisierung der Dawes-Obligationen, nachdem die Militärkontrollfrage jetzt prinzipiell geregelt sei. Im In-

teresse der Annäherungspolitik sei es aber notwendig, jede tendenziöse Ausdeutung des Rheinlandproblems zu unterlassen, zumal ja die Annäherung die Räumung erleichtern, nicht aber durch sie bedingt werden soll.

### Der Reichsaußenminister schweigt.

Berlin, 12. Januar. Die „Germania“ hat gestern eine Reihe von Fragen an den Reichsaußenminister gerichtet, um zu erfahren, ob die erhoffte Rheinlandräumung etwa durch die geplante Rechtsregierung günstig beeinflusst werden sollte. Zu den Ausführungen des Zentrumsblattes erfahren wir aus der nächsten Umgebung des Reichsaußenministers, daß dieser nicht die Absicht hat, im gegenwärtigen Augenblick zu den Anfragen öffentliche Stellung zu nehmen.

Dagegen besteht kein Zweifel, daß Stresemann bei den Besprechungen über die Regierungsabklärung sich im Kreise der Fraktionsführer zu der erwähnten Frage äußern wird. Soweit wir unterrichtet sind, kann eine solche Äußerung schon in diesen Tagen erwartet werden.

### Dr. Curtius gescheitert?

Abgabe des Zentrums.

Berlin, 13. Jan. Die Bemühungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius um ein bürgerliches Kabinett mit starkem deutschnationalem Einfluß sind ergebnislos geblieben. Dr. Curtius ist mit seiner Mission gescheitert. Gestern um 8 Uhr abends ist die Zentrumsfraktion im Reichstage zusammengetreten, um auf die Frage des vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung beauftragten, ob das Zentrum grundsätzlich zu einer Zusammenarbeit mit den deutschnationalen in einer Regierung bereit sei, zu antworten. Der Fraktionsvorstand hat die gleiche Frage am Dienstag vernimmt und diese Ablehnung mit Bedenken außer- sowie innenpolitischer Natur begründet. Obgleich die Beratungen der Zentrumsfraktion noch nicht abgeschlossen sind, kann man nach ihrem bisherigen Verlauf und der ganzen im Zentrum vorherrschenden Stimmung voraussetzen, daß die Reichstagsfraktion sich die Auffassung ihres Vorstandes zu eigen machen und sich gegen die von Dr. Curtius vorgeschlagene Kombination aussprechen wird. Damit wird Dr. Curtius die Ausführung seines bestimmt umrissenen Auftrages unmöglich, er wird heute noch dem Reichspräsidenten mitteilen, daß er den Auftrag zurücklegt.

Bis gestern noch vermutete man, der Reichspräsident werde

Dr. Curtius den neuen Auftrag erteilen, nunmehr ein „Kabinett der Mitte“ mit starker Anlehnung an die deutschnationalen zu bilden. Nach der scharfen Abgabe des Zentrums nimmt man jetzt an, daß eine erneute Vertrauensfrage des Reichswirtschaftsministers nicht mehr in Frage kommen könne. Von rechtsstehender Seite wird verbreitet: der Reichspräsident sei entschlossen, nach einem Scheitern der Mission Curtius' einen Kanzler zu ernennen, der gleichzeitig mit der Ernennungsurkunde auch das Auflösungsdekret erhält, um von ihm sofort Gebrauch zu machen. Das geschäftsführende Ministerium Marx solle durch ein Übergangskabinett abgelöst werden, das nur die Neuwahlen durchzuführen hätte. Die diese Version unterstützten, beriefen sich dabei auf angebliche Äußerungen des Reichspräsidenten selbst.

### Der Beschluß des Zentrums.

Berlin, 12. Jan. Die Zentrumsfraktion des Reichstages ist um 6.25 Uhr zwecks Stellungnahme zur Regierungsabklärung zusammengesetzt. Die Mitglieder der Fraktion sind zum größten Teil der telegraphischen Einladung zur heutigen Sitzung gefolgt. Auch Reichskanzler Marx und die übrigen Zentrumminister nahmen an der Sitzung teil. Vor Beginn der Fraktionsabstimmung fand noch eine längere Besprechung des Fraktionsvorstandes statt.

Nach zweieinhalbstündiger Beratung wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: Die Zentrumsfraktion des Reichstages teilt die schweren außenpolitischen und innenpolitischen Bedenken des Fraktionsvorstandes hinsichtlich der von Dr. Curtius beabsichtigten Kabinettsbildung. Der Vorstand wird beauftragt, diese Bedenken dem Herrn Dr. Curtius und dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Herrn Dr. Stresemann, erneut darzulegen.

### Die Gewerkschaften bei Dr. Curtius.

Berlin, 13. Jan. Dr. Curtius setzte am Mittwoch seine Bemühungen um die Bildung einer Regierung fort. Um 12 Uhr mittags er, wie das Reich-

stichtenbüro des V.D.B. hört, Vertreter der Freien Gewerkschaften, der Christlichen und der Deutschnationalen Gewerkschaften. Die Führer der Freien Gewerkschaften, Leypart und Grafmann, sind zurzeit nicht in Berlin. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund entsandte deshalb andere Vertreter zu den Verhandlungen. Wie von industrieller Seite verlautet, sind Vertreter der Industrie bisher nicht eingeladen. In parlamentarischen Kreisen rechnet man jedoch damit, daß Herr Dr. Curtius sich auch mit ihnen besprechen wird. Mit Interesse sieht man in parlamentarischen Kreisen der heutigen Fälligkeit des Zentrums mit den Sozialdemokraten und den deutschnationalen entgegen. Dr. Curtius dürfte bis dahin kaum irgendwelche entscheidenden Schritte unternehmen.

### Der Kuhhandel in Sachlen.

Dresden, 12. Jan. Der deutschnationale „Sächsischer Zeitungsdienst“ meldet, daß vor der Wahl des Ministerpräsidenten Heldt in der Dienstagssitzung des Landtages den Deutschnationalen von den bürgerlichen Parteien und den Altsozialisten erhebliche Zugeständnisse insofern gemacht worden seien, als die Verpfändung eingegangen worden ist, daß das Kabinett Heldt spätestens am 1. Juni 1927 zurücktreten hat, falls bis dahin kein deutschnationaler in das Kabinett aufgenommen worden ist.

Außerdem soll spätestens innerhalb eines halben Jahres die Zahl der Ministerien von sieben auf fünf verringert werden.

### Keine Verlängerung des deutsch-französischen Handelsprovisoriums.

Berlin, 12. Jan. In einigen Morgensetzungen wurde gemeldet, daß das deutsch-französische Handelsprovisorium vom 5. August v. J. verlängert worden sei. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt, daß diese Meldung nicht zutrifft.

### Rückgabe des deutschen Eigentums in Südtirol.

Bozen, 12. Jan. In Südtirol wird ein königliches Dekret veröffentlicht, das verschiedene Ergänzungen zum Übereinkommen über die Freigabe des deutschen Eigentums in Südtirol bringt. Es wird verfügt, daß die Möbel aus den beschlagnahmten und veräußerten Häusern ohne jede Entschädigung den Eigentümern zurückgegeben werden. Bewegliche Güter können freigegeben werden, wobei 20 Prozent ihres Wertes an das Schatzamt abzuführen sind. Das Finanzministerium kann im Einvernehmen mit den Sozialbehörden die Zurückgabe von unbeweglichen Gütern in den neuen Provinzen veranlassen, und zwar zugunsten von solchen Besitzern, die sich besonders verdient gemacht oder die italienische Staatsbürgerschaft erworben haben. Den ehemaligen Besitzern von Gütern, die bereits veräußert worden sind, können 85 Prozent des Erlöses ausgeschüttet werden. Noch in Kraft befindliche Hypothekendarlehen werden zu 80 Prozent frei erklärt, während 20 Prozent an den Staat abzuführen sind. Das gleiche gilt für die Rückzahlung der beschlagnahmten Bankguthaben. Bei ihnen und den rückzahlbaren Krediten müssen alle aufgelaufenen Zinsen hinzugefügt werden. Von dieser Summe wird die 80prozentige Freigabequote berechnet.